67. Jahrgang Nr. 256

Berliner

Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 4. Juni 1919

Das Streikfeuer in Frankreich.

Der gesamte Pariser Verkehr stillgelegt. — Weiteres Umsichgreifen der Bewegung. — Gegen die verbrecherische Fortsetzung des Krieges.

Versailles, 3. Juni.

Seit heute früh streiken sämtliche Untergrundbahnangestellten, Beamten und Arbeiter. Der gesamte Verkehr ruht. Wie die Abendblätter mitteilen, haben in den Vormittagsstunden streikende Untergrundbahnangestellte begonnen, Omnibusse und Straßenbahnen in Paris anzuhalten. Nachmittags ruhte auch der gesamte Betrieb dieser beiden Verkehrsmittel.

Die Bewegung greift immer weiter um sich. In sämtlichen Vororten von Paris, die wie Boulogne, Billancourt und St. Denis große Industriemittelpunkte sind, haben sämtliche Metall-, Automobil- und Flugzeugfabriken usw. im Laufe des heutigen Vormittags schließen müssen. In der französischen Provinz beginnen sich jetzt auch in den Departements am Jura Bewegungen bemerkbar zu machen. Dabei erklären sämtliche Blätter, daß der Streik in voller Entwicklung steht und noch weiter um sich greifen wird. „Populaire" bezeichnet den Streik als Generalstreik aller Transportarbeiter von Paris. Das Blatt erklärt, daß die Arbeiterschaft nicht nur bessere Löhne und den Achtstundentag durchsetzen, sondern vor allem gegen die verbrecherische Fortsetzung des Krieges mit der Arbeiterschaft Rußlands und den Arbeiterrevolutionen protestieren wolle. Die Regierung werde gut daran tun, dies nicht aus den Augen zu verlieren. Nichts könne die Volksstimme verhindern, sich Gehör zu verschaffen und den Willen der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie auf dem Gebiet der allgemeinen Politik zu bekunden. „Heure" dagegen spricht dem Streik jede politische Bedeutung ab. Es handle sich um Lebensmittelteuerungsausstände. Die nationalistischen Blätter führen aus, man wolle die Arbeiterschaft lediglich dazu verleiten, unter dem Deckmantel eines Lohnstreikes Frankreich um seinen Sieg zu bringen, indem man für den Bolschewismus, der der beste Helfershelfer Deutschlands sei, eintrete. „Débats" hofft, daß die Mehrheit, die gesunden Menschenverstand besitze, einsehen werde, wohin man sie treiben möchte. „Temps" erklärt, die französischen Arbeiter dürften sich nicht hinters Licht führen lassen. Arbeiter und Arbeitnehmer sollten sich loyal verständigen. Jetzt müßten sie an Frankreich denken, welches man vor der sozialen Gefahr eines Klassenkampfes retten müsse.

Französische Marinerebellion in Libau.

Ein neuer Vorfall in der französischen Marine.

Zürich, 4. Juni. (T. U.)

Am Sonnabend hißten die Mannschaften des im Hafen von Libau liegenden französischen Kriegsgeschwaders die rote Flagge und verlangten von den Offizieren die sofortige Rückkehr nach Frankreich. Ihre Forderung wurde bewilligt. Von französischer Seite wird der Vorfall in Abrede gestellt und erklärt, daß es sich um Flaggen, die zum Trocknen aufgehängt waren, gehandelt habe, unter denen sich auch einige rote befunden hätten.

*

Nach einigen weiteren Meldungen handelte es sich in Libau um eine regelrechte Meuterei der Marinetruppen, die das Verlangen stellten, nach Frankreich zurückbefördert zu werden. Wie es heißt, soll den Soldaten die Erfüllung ihrer Forderung zugesagt worden und das Kommando auf einen Teil der englischen Marine übergegangen sein. Ob die Engländer auf die Dauer standhaft bleiben werden, ist sehr zweifelhaft; denn auch in der englischen Truppe sind, wie Churchill kürzlich im Unterhause gestehen mußte, in der letzten Zeit Meutereien, „darunter eine sehr schwere" — wie er sagte — vorgekommen.

„Was tun die Arbeiter?"

Der „Daily Herald" gegen Lloyd Georges' Unverschämtheit.

Amsterdam, 4. Juni.

Der sozialistische „Daily Herald" kommt in einem Artikel auf die Drohung Lloyd Georges zurück, daß der Friede in Versailles unterzeichnet werden würde, wenn Deutschland ihn in Versailles nicht unterzeichnen wolle. Das Blatt schreibt:

„Diese Drohung ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Veränderungen, die seit dem Waffenstillstand vor sich gegangen sind. **Der unverschämte Kommandoton ist jetzt auf seiten der Alliierten zu finden. Wie verhalten sich die englischen Arbeiter dazu?** Glauben sie, daß darin das **vornehme Ideal** zum Ausdruck kommt, für das unsere jungen Männer starben? **Sind sie in der Hoffnung gestorben, daß in Berlin ein Frieden von beispielloser Ungerechtigkeit über den Leichen von Frauen und Kindern unterzeichnet werden würde?"**

Es bleibt bei dem Unannehmbar!

Ein Beschluß der Demokraten.

Berlin, 4. Juni.

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung faßte heute **einstimmig** auf Antrag der Abgeordneten Haußmann, Waldstein und Schiffer folgende Entschließung:

„In vollständiger Uebereinstimmung mit dem Reichsministerium und den Mitgliedern der Fraktion im Kabinett erklärt die Deutsche demokratische Fraktion der Nationalversammlung die Zustimmung zu dem deutschen Friedensvorschlag trotz seiner bis an die äußerste Grenze gehenden Belastung und beharrt einmütig auf dem Standpunkte, daß der mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes unvereinbare, völlig unerfüllbare Friedensvorschlag der Entente unannehmbar ist und bleibt."

Die Arbeiter gegen den Rheinverrat.

Köln a. Rh., 3. Juni.

Der „Kölnischen Zeitung" wird aus Aachen gemeldet: Eine imponierende Kundgebung gegen die Sonderbündler und für die Einheit des Deutschen Reiches veranstaltete heute ein großer Teil der hiesigen Arbeiterschaft, und zwar ganz spontan und aus dem eigenen politischen Gefühl heraus.

Die „Kölnische Volkszeitung" meldet: In seiner Sitzung vom 3. Juni beschloß der Provinzialbeirat der rheinischen Zentrumspartei eine Erklärung, in welcher es heißt: Nachdem die Herren Kastert und Kuckhoff ihre Mandate zur preußischen Landesversammlung niedergelegt haben, erklärt der Beirat die Angelegenheit für erledigt. Der Beirat schließt sich der Erklärung der rheinischen Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung vom 2. Juni an

Genf, 3. Juni. (T. U.)

Die Pariser Presse begrüßt mit unverhohlener Freude die Proklamation der „Rheinischen Republik". Der „Petit Parisien" sieht darin einen Frankreich schützenden Pufferstaat. Andere Blätter, wie „Echo de Paris", sprechen bereits von dem durch die Entente vom deutschen Joche befreiten linken Rheinufer. Der „Temps" bemerkt, daß Frankreich die Rheinländer, die mit ihm in Frieden leben wollen, gegen Preußen schützen müsse. Die „Débats" glauben, daß die Unabhängigkeitserklärung Hannovers bevorstehe.

*

Gegen den klerikal-schwerindustriellen Verrat im Rheinlande nimmt jetzt die Unabhängige Sozialdemokratie in einem „Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft" Stellung, in dem es heißt:

„Gegen diesen Volksverrat ihrer schlimmsten Feinde erhebt die sozialdemokratische Arbeiterschaft den schärfsten Protest. Das Proletariat fordert gerade von seinem grundsätzlichen internationalen Standpunkt aus den nationalen Einheitsstaat. Die nationale Zerreißung hemmt und verteilt seinen Klassenkampf. Die deutsche Arbeiterklasse fordert die sozialistische Einheitsrepublik; sie bedarf der einheitlich zusammengefaßten Staatsmacht, um die großen politischen Aufgaben, die seine Herrschaft dem Proletariat stellt, zu erfüllen; sie bedarf des einheitlichen Wirtschaftsgebietes, um die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft durchzuführen. Zugleich wird weitgehende Selbstverwaltung, besonders auf allen kulturellen Gebieten, jene Einförmigkeit und Uniformierung trotz straffer Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und politischen Energien verhindern.

Unsere revolutionären, sozialistischen und internationalen Grundsätzen folgend, habt Ihr, Arbeiter der vom Verrat bedrohten Gebiete, bereits durch Proteststreiks in Köln, Wiesbaden, Mainz und anderen Orten mit aller Kraft gegen die Zerreißungs- und Zerstückelungsbestrebungen der kapitalistischen und klerikalen Nationalverderber demonstriert. Ihr werdet Euch auch weiter von allen nationalistischen Kundgebungen fernhalten. Bleibt aber unbeugsame Feinde aller separatistischen Verräterei, die die Aufrichtung der deutschen sozialistischen Republik unmöglich machen sollen."

In diesem Zusammenhange ist das Bekenntnis der Unabhängigen zum nationalen Einheitsstaat besonders bemerkenswert.

Eine Galgenfrist von vier Tagen?

Das Rätsel raten um die Antwort der Entente.

Amsterdam, 4. Juni. (T. U.)

Einer Londoner Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge verbreitet die Exchange-Agentur eine Pariser Information, wonach man in dortigen unterrichteten Kreisen annimmt, daß die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenvorschläge gegen Ende dieser Woche erteilt werden dürfte. Es könne aber bereits heute gesagt werden, daß diese **keine Aussicht auf Annahme haben.** In der Antwortnote der Alliierten wird den deutschen Bevollmächtigten **eine letzte Frist von drei bis vier Tagen gestellt** werden, innerhalb der sie sich entschließen müssen, ob sie die Bedingungen der Entente annehmen wollen oder nicht. Nach dem erwähnten Bureau scheint **die Verteilung der deutschen Kolonien unter die Alliierten noch keine endgültig beschlossene Sache** zu sein und den Herren in Versailles einiges Kopfzerbrechen zu verursachen. Wie die Exchange-Agentur nämlich wissen will, sollen in Paris die Besprechungen unter den Alliierten wegen Ueberlassung eines Teiles der deutschen Kolonien an England von neuem aufgenommen werden. Ebenso unsicher scheint noch das **Schicksal Oberschlesiens** zu sein. **Lloyd George hat angeblich im Viererrat den Antrag eingebracht, zur Erleichterung des deutschen Wirtschaftslebens Oberschlesien bei Deutschland zu belassen.** Andererseits, so heißt es, sollen amerikanische Sachverständige dem Präsidenten Wilson nahegelegt haben, dafür einzutreten, daß Oberschlesien **zwar an Polen** fallen, Deutschland jedoch dafür **das Mandat über Deutsch-Ostafrika** erhalten solle, um ihm die Möglichkeit zu geben, seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Auf jeden Fall lassen alle diese Meldungen erkennen, daß es in Paris beinahe ebensoviel Meinungen wie Leute gibt.

Auch Schweden und Dänemark bleiben neutral.

Paris, 3. Juni. (Reuter.)

Es wird gemeldet, daß Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die kürzliche Anfrage der Ententemächte geweigert haben, bei einer eventuellen Erneuerung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Der Vernichtungsfriede für Deutschösterreich.

Bevorstehende Gegenvorschläge.

Wien, 3. Juni.

Wie die Blätter melden, war der Eindruck, den die Friedensbedingungen auf die in Wien anwesenden Abgeordneten gemacht haben, niederschmetternd. In parlamentarischen Kreisen wird erklärt, daß die Friedensbedingungen die schlimmsten Befürchtungen übertreffen. Sie werden in ihrer gegenwärtigen Fassung als unannehmbar und der Friede als ein Henkersfriede bezeichnet. Man glaubt, daß die deutschösterreichische Friedensdelegation dasselbe Verfahren einschlagen werde, wie die deutsche Delegation, und daß in der deutschösterreichischen Antwortnote in Form von Gegenvorschlägen und Gegenäußerungen den Ententemächten das Unannehmbar dieser Friedensbedingungen bewiesen wird.

Der Bolschewismus in aller Welt.

Sowjets in Irland.

Berlin, 4. Juni. (W. T. B.)

Die Lage in Irland spitzt sich weiter zu. Die „Morning Post" vom 31. Mai bringt ihren Leitartikel mit „Sowjet in Irland" und berichtet, daß von der „Irish Cooperative Commonwealth", die mehr als 1000 kooperative Gesellschaften umfaßt, **Sowjeträte nach russischem Muster** in mehreren Plätzen eingesetzt worden sind. Die „Morning Post" stellt die Frage, ob die Regierung beabsichtige, Irland demnächst wiederzuerobern.

Amsterdam, 4. Juni. (T. U.)

Die „Times" erfahren aus Montreal: Robertson, der Minister für Arbeit, hat von neuem erklärt, daß es seine feste Ueberzeugung sei, daß der Bolschewismus die Ursache des Streiks sei. Schalking, ein russischer Diplomat, bestätigt, daß in Kanada Dutzende von bolschewistischen Organisationen beständen.

Washington, 3. Juni. (Reuter.)

Wegen der Explosion von Höllenmaschinen werden die Wohnungen der Kabinettsmitglieder und hervorragender Persönlichkeiten der Regierung von der Polizei sorgfältig bewacht. Ein Flugzettel, der in der Nähe des Schauplatzes einer der Missetaten aufgefunden wurde, trug die Unterschrift: „Die anarchistischen Kämpfer."

Ausrufung der Räterepublik in der Slowakei?

München, 4. Juni. (T. U.)

Die „M.-Augsb. Abendztg." erhält ein Privat-Telegramm aus Wien, wonach in der Slowakei die Räterepublik ausgerufen sein soll.

Toller verhaftet.

In Schwabing ermittelt.

München, 4. Juni.

Heute wurde in Schwabing der wegen Hochverrats gesuchte stud. jur. Ernst Toller, geboren 1. Dezember 1893 in Samotschin (Posen), verhaftet.

Der bedrängte Kaiser. Laut „Nieuws van den Dag" wurde der Vertreter der „Tribune", der eine Unterhaltung mit Exkaiser Wilhelm nachsuchte, nicht vorgelassen, weil der starke Andrang der Amerikaner den Kaiser nervös mache.

Politische Nachrichten.

Die Staatsregierung hat beschlossen, daß ein für allemal Streikgelder nicht mehr gezahlt werden, gleichgültig aus welchen Motiven gestreikt wurde.

Für Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben liegt, wie das W. T. B. meldet, „kein zwingender Grund vor, Tarifverträge nicht abzuschließen". Die preußische Staatsregierung habe sich diesem Standpunkt der Reichsregierung angeschlossen.

Die preußische Regierung will den Mittellandkanal weiter in Angriff nehmen. Die Linienführung wird noch festgesetzt.

Der Ertrag der Montagskundgebung des Bundes „Neues Vaterland" in Höhe von 230 Mark ist dem Fonds zur Unterstützung politischer Gefangener überwiesen worden.

Friedrich Wilhelm Förster, der bekannte Ethiker, wurde am 2. Juni fünfzig Jahre alt. Seine pazifistische Tätigkeit hat ihm bereits zu Beginn des Krieges Schwierigkeiten bei der Ausübung seiner Münchener Professur gemacht. Er hat dann seine Tätigkeit in die Schweiz verlegt und wurde nach der Revolution zum diplomatischen Vertreter Bayerns in Bern ernannt.

Kundgebung spanischer Universitätsprofessoren. In einer an Clemenceau, als den Vorsitzenden der Friedenskommission, gerichteten Kundgebung verlangen vierzig spanische Professoren und führende Männer der Industrie und Wissenschaft sofortige Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Beziehungen aller Länder, besonders auch mit dem deutschen Volke, das so glänzend zum wissenschaftlichen Fortschreiten der Völker beigetragen habe. — Die Kammer wird voraussichtlich folgendermaßen zusammengesetzt sein: 222 Konservative, 129 Liberale, 22 Regionalisten, 19 Republikaner, 7 Sozialisten, 7 Reformisten, 7 Unabhängige und 10 Jaurèsisten.